
Liebe Leserinnen und Leser,

nach den großartigen Aktionen zum Tschernobyl-Jahrestag geht der Machtkampf mit der Atomindustrie und mit der parlamentarischen Atomlobby weiter. Der BBU bleibt dabei bei seiner klaren Linie: Alle Atomanlagen müssen stillgelegt werden, und zwar sofort!

Auch in anderen Bereichen ist viel Engagement nötig, gegen Fluglärm ebenso wie gegen die Regenwald-Ver-nichtung. Zu diesen und weiteren Themen findet Ihr in diesem Newsletter Informationen und weiterführende Links. Und Ihr findet Spendenaufrufe zugunsten des BBU und zugunsten verschiedener Bürgerinitiativen. Bitte überlest sie nicht ...

Kleine und große Spenden erfreuen die BBU-Kasse. Erfreulich ist es aber auch, wenn neue Bürgerinitiativen und / oder Einzelpersonen (Förder)Mitglied des BBU werden. Gemeinsam sind wir stärker! Aufnahmeformulare findet Ihr unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Bitte weist NachbarInnen, Verwandte & Bekannte, und besonders auch befreundete Bürgerinitiativen darauf hin!

Noch möglichst viele sonnige Maitage wünschte Euch die BBU-Newsletter-Redaktion

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU beim Aktionspicknick gegen den Flughafen Twente präsent

(U. B.): Für den 9. Mai hatte die niederländische Umweltorganisation „GroenFront!“ zu einem Protest-Picknick am Gelände des früheren Militärflugplatzes Twente (bei Enschede, NL) aufgerufen. Der Flughafen soll zu einem zivilen Flughafen umgestaltet werden (s. dazu auch einen Spendenaufruf unter der Rubrik „Verkehr“). An dem Aktionspicknick nahmen über den Tag verteilt rund 100 Personen teil, die zum Teil landesweit anreisen, zum Teil aber auch in der Nachbarschaft des Flughafens wohnen. Aus der nahe gelegenen Grafschaft Bentheim (Niedersachsen) waren einige Mitglieder der BI gegen den Flughafen Twente angeradelt. Auch Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied und rasender Reporter des BBU-Newsletter, nahm an der Aktion teil. Im Rahmen einer kleinen Kundgebung, bei der Mitglieder verschiedener Initiativen und Parteien aus den Nieder-



landen sprachen, konnte auch U. B. solidarische Grußworte des BBU übermitteln (die immerhin relativ niederländisch geklungen haben ..).

Der BBU zählt zu den aktiven Gegnern des Flughafenprojekts diesseits der Grenze, vgl. dazu z. B. <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/11.09.09.htm>. Informationen über GroenFront! findet man im Internet unter <http://www.groenfront.nl> und Fotos vom Aktionspicknick gibt es unter <http://www.rtvoost.nl/nieuws/default.aspx?nid=110932>.

Unterstützt den BBU mit kleinen und großen Spenden!

(U. B.): Immer wieder wird im BBU-Newsletter zu Spenden für umweltpolitische Zwecke verschiedener Initiativen aufgerufen, auch in dieser Ausgabe. Es ist ein wichtiges Anliegen des BBU, Bürgerinitiativen bei der Sammlung von Spenden für die örtliche Arbeit gegen Atomanlagen, Fernstraßen, Umweltbildung usw. bestmöglich zu unterstützen. Dabei darf aber nicht vergessen, dass auch der BBU als Dachverband Spenden benötigt. Die Lobbyarbeit für Bürgerinitiativen im Umweltbereich ist leider auch mit Ausgaben verbunden. Je mehr Spenden der BBU erhält, desto besser und umfangreicher kann er als Verband Bürgerinitiativen vor Ort politisch den Rücken stärken. Daher empfiehlt die BBU-Newsletter-Redaktion: Spendet für den BBU! Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, KontoNr.: 19002666 Spenden und Beiträge sind steuerlich abzugsfähig. Jeder Euro hilft!

BBU-Fachinformationsdienst

(U. B.). Täglich erreichen die BBU-Geschäftsstelle zahlreiche E-Mails, die je nach Arbeitsgebiet auch für Euch interessant sein könnten. Bisher nutzen noch nicht alle Mitgliedsgruppen und BBU-Einzelmitglieder den Mail-

Infoservice. Wenn auch Ihr in Bonn eingehende Fachinformationen 1 : 1 per Weiterleitung erhalten möchtet, gebt der BBU-Geschäftsstelle bitte per E-Mail Bescheid, welche Themen Euch interessieren. Die Fachinformationen werden weitaus häufiger verschickt als der BBU-Newsletter. Ihr könnt Euch jederzeit in die Verteilerlisten ein- und austragen lassen - Email reicht. BBU-Bonn@t-online.de.

Verteilerlisten	Klimaschutz
Chemiepolitik	Mobilfunk / Elektromog
Energie / Atomproblematik	Müllproblematik
Eine-Welt / Globalisierung	Natur- / Artenschutz
Friedensbewegung	Verkehrspolitik
Gentechnik	Wald / Bodenschutz
Gesundheit / Innenraumschadstoffe	Wasserproblematik

BBU-Stellungnahme zur NRW-Landtagswahl

(U. B.): Nach Angaben des BBU besteht in vielen Umweltbereichen in Nordrhein-Westfalen dringender Handlungsbedarf. In einer ersten Stellungnahme zum Ausgang der NRW-Landtagswahl benannte der BBU zunächst drei Themenkomplexe: Energiepolitik, Gewässerschutz und Anlagensicherheit. Die vollständige Stellungnahme findet man unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/10.05.10.htm>

2. Themenbereiche

Bundesberggesetz

Petition Bundestag: Änderung des Bundesberggesetzes

Am 14.05.2010 wurde folgender Beitrag auf der Forum-Seite des BBU (http://www.bbu-online.de/index_forum.htm) eingestellt; er wird hier leicht gekürzt wieder gegeben:

Liebe Freundinnen und Freunde des ursprünglichen Ostfrieslandes, wir bitten Sie / Euch um Unterstützung. Der Petitionsausschuss des Bundestages hat eine Petition zur Änderung des Bundesberggesetzes angenommen. Ziel der Petition ist es, in das Bundesberggesetz eine Schutzklausel zugunsten der Menschen aufzunehmen, deren Lebensraum von Energiekonzernen zum Zwecke der Gewinnmaximierung schamlos zerstört wird. Menschen, die z. B. in der Nähe der geplanten Gaskavernenindustrie im ostfriesischen Horsten, Etzel und Marx leben, müssen sich nach dem geltenden Bergrecht mit verheerenden Eingriffen in ihren Lebensraum abfinden.

Die per Petition eingebrachte Gesetzesänderung soll das Leben der Menschen vor Ort gegen Eingriffe der Energiekonzerne schützen. Die Petition soll auch darauf aufmerksam machen, dass die aktuell geltenden Gesetze einseitig die Energiekonzerne dabei unterstützen, Raubbau an der Natur zu betreiben. Betroffene Menschen spielen demgegenüber in der bergrechtlichen Gesetzgebung - ebenso wie im Umweltrecht - keine Rolle mehr.

Sie finden die Petition unter: <http://epetitionen.bundestag.de>, Pet-ID 11546 "Bergbau - Änderung des Berggesetzes: Bewahrung der Lebensqualität" (Reitz, Kristina). Je mehr Menschen die Petition unterstützen desto deutlicher wird den Bundestagsabgeordneten, dass eine Änderung des Bergrechtes dringend erfolgen muss. Bitte melden Sie sich im Online-Forum des Bundestages an, um die Petition zu unterzeichnen. Ostfriesland, seine Schafe, Kühe, Hasen, Bussarde und - nicht zuletzt - die Menschen danken es Ihnen herzlich! Mit freundlichen Grüßen

Lore Lang & Kristina Reitz (Mitglieder der BI-Lebensqualität Horsten / Etzel / Marx)

Kontakt: stopptgaskavernenindustrie@gmx.de

Energiepolitik

BBU-Protest gegen den Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA)

(U. B.): Am 19. Mai endet die Einspruchsfrist gegen den Ausbau der einzigen Urananreicherungsanlage der Niederlande im grenznahen Almelo. In Zusammenarbeit zwischen BBU-Vorstand und BBU-Mitgliedsgruppe AKU Gronau wurde ein Sammeleinspruch erstellt. Hintergrundinformationen und den Sameleinspruch findet man unter <http://www.bbu-online.de/temp/Almelo.htm>. Einsprüche können auch deutschsprachig und per Mail geschickt werden an: Postbus.AanvraagUrenco@minvrom.nl. Informationen zur einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau gibt es unter www.aku-gronau.de. Die zahlreichen Urantransporte von und zu den Uranfabriken gefährden auch Bevölkerungskreise, die weitab der Anlagen wohnen.

BBU ist beeindruckt von den großartigen Anti-Atomkraft-Aktionen vom 24. April

Der BBU ist beeindruckt von den großartigen Protestaktionen anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages. Auch



der BBU hatte zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen, um der Forderung nach dem sofortigen Atomausstieg Nachdruck zu verleihen. Der BBU bedankt sich bei allen Beteiligten, sowohl bei denen, die die Aktionen geplant haben, als auch bei den vielen Menschen, die sich an den Aktionen hoch motiviert beteiligt haben.

Alle vier Aktionen, der Treck von Gorleben zum Atomkraftwerk Krümmel, die Umzingelung des AKW Biblis, die landesweite Demonstration in NRW am Atommüll-Lager in Ahaus und die Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel, wurden von insgesamt rund 140 – 150.000 Menschen unterstützt.

Insgesamt waren viele gesellschaftliche Gruppen vertreten.

Fantasie, Engagement und ein Optimismus, dem atomaren Schrecken mit einem ernsthaften Atomausstieg bald ein Ende bereiten zu können, prägten die Aktionen. (Foto AMgA: Probeblockade am 24.4. vor dem BEZ Ahaus).

Der BBU ruft alle Initiativen und Verbände, aber auch die vielen Privatpersonen, die sich an den Aktionen beteiligt haben, dazu auf, weiter am Ball zu bleiben. Weitere Aktionen sind notwendig, um Atomanlagen und Atomtransporte zu stoppen. Der BBU will keine längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. Er will den Ausstieg aus der Atomkraft nicht erst in 3, in 13 oder in 30 Jahren – Der BBU will den sofortigen Atomausstieg, und zwar in der Bundesrepublik und auch anderswo.

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz brachte die Forderungen des BBU auch bei der Abschlusskundgebung vor der Ahauser Atommülldeponie auf den Punkt: „Geben wir den laufenden Atomkraftwerken und Uranfabriken keine Chance mehr, uns zu verseuchen und weiteren Atommüll zu produzieren. Uran gehört in den Boden – und Atomanlagen gehören stillgelegt! Sofort und für immer und ewig.“

Gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 25.04.2010, vollständiger Text:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/25.04.101.htm>

Klage gegen das Standortzwischenlager am AKW Brunsbüttel

Am 12. April 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig in der Angelegenheit meiner Klage gegen das Standortzwischenlager für abgebrannte Brennelemente am Atomkraftwerk Brunsbüttel beschlossen: Dem Beigeladenen [AKW Brunsbüttel] wird aufgegeben, dem Senat die in der Sperrerklärung vom 28. Januar 2010 genannten Unterlagen im Original und ungeschwärzt vorzulegen (§ 99 Abs. 2 Satz 5 VwGO).

Die Beklagte, das Bundesamt für Strahlenschutz als untergeordnete Behörde des Bundesumweltministerium und damit die Bundesrepublik Deutschland weigert sich, dem Gericht zur Beurteilung meiner Sicherheit vor jedweden Auswirkungen durch Freisetzung radioaktiver Strahlung aus dem AKW-Standort, relevante Schriftstücke ohne geschwärzte Passagen zu liefern. Aus diesem Grund hat schon das Schleswig-Holsteinische Obergericht (OVG) die Klage wieder an das BVerwG zurückgegeben.

Rechtsanwalt Dr. Wollenteit vertritt einige Klagen gegen das AKW Brunsbüttel betreffs Betriebsgenehmigung. Werkzeug dazu ist das Urteil des BVerwG in Leipzig vom 10. April 2008. Nachbarn von Atomkraftwerken haben ein Recht auf ein subjektives Besorgnispotential und Anspruch auf gerichtliche Prüfung. Damals verwies das BVerwG meine Klage an das OVG Schleswig zurück. Die Richter des OVG-Schleswig wollten nicht über geschwärzte Dokumente richten. Die Klage ist nicht entschieden.

Es werden weitere Kosten entstehen. Ich habe ein Sparbuch angelegt bei der Dithmarscher Volks- und Raiffeisenbank eG, Begünstigter: Anke Dreckmann, BLZ 21890022, Konto Nummer 5015 432 111. Verwendungszweck ist die Klage gegen das Standortzwischenlager am AKW Brunsbüttel

Info auf: http://www.brokdorf-antiakw.de/klagen/2008_BVerwGer_Grundsatzurteil.html

Aus einer E-Mail von Anke Dreckmann vom 23.04.2010

30 Jahre Freie Republik Wendland

Am 4. Juni vor 30 Jahren wurde die Platzbesetzung der Tiefbohrung 1004 im Salzstock Gorleben von Polizei und BGS gewaltsam geräumt. Mit dem damals größten Polizeieinsatz in der Geschichte der BRD und wurde das Hüttendorf dem Erdboden gleich gemacht.



Die Begründung für die Besetzung liest sich im “Auszug aus der Bekanntmachung – vorzeitige Besitzeinweisung – Mai 1980” so und ist heute genauso gültig und aktuell wie damals:

„Durch die bergmännische Erschließung besteht die Gefahr, dass der Salzstock Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle genutzt wird, obwohl er dafür nach international geltenden Kriterien nicht geeignet ist. Da andere Salzstöcke nicht untersucht werden, besteht der begründete Verdacht, dass der gläubigen Bevölkerung mit den Tiefbohrungen nur eine Prüfung des Salzstockes vorgespielt wird. Dies bestätigen auch die nicht eingehaltenen Versprechungen von Politikern, deren Kriterienkatalog bis heute nicht existiert.“

Aus Anlass des Jahrestags wird vom 4. bis 6. Juni an das Hütten-dorf der Freien Republik Wendland erinnert. Es sind Alle eingeladen: Alle, die damals dabei waren, Alle, die damals noch nicht dabei waren und Alle, die noch gar nicht dabei sein konnten! Kommt und macht mit! „Weißt du noch.....“ darf genauso viel Raum haben wie die gegenwärtigen Verhältnisse und die Frage „Wo wollen wir hin und erreichen das schnellstmöglich?“

Freitag, 4. Juni

16.00: Treffen auf dem Salinas-Gelände, Atomanlagen zwischen Gorleben und Gedelitz

Samstag, 5. Juni

12.00: „Um 12 schlägt’s 13!“, Umzingelung des Erkundungsbergwerks, Atomanlagen

Sonntag, 6. Juni

10.00: Bauernfrühstück „wie damals“, Gasthaus Wiese, Gedelitz

13.00: Sonntagsspaziergang ums Erkundungsbergwerk, Atomanlagen zw. Gorleben und Gedelitz

14.00: Gorlebener Gebet, beim Salinas-Gelände zwischen Gorleben und Gedelitz

Quelle, Kontakt und ausführlichere Infos:

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktionen/30-jahre-freie-republik-wendland>

Tschernobyl-Protest in Ulm

Am 26.4., dem Tag, an dem 1986 das AKW Tschernobyl in die Luft flog, hing über dem Haupteingang des Ulmer Münsters ein großes Transparent : Tschernobyl mahnt: Atomkraft abschalten.

Wie kam es dazu?

Zuerst einmal stieg ich auf das Münster und suchte einen geeigneten Platz zum Aufhängen von Transparenten. Es gab nur einen: direkt über dem Haupteingang am Münsterplatz. Ich maß nun aus, wie groß die Transparente sein konnten. Am Tag vorher traf ich bei einem Konzert der Naturfreunde Klaus, den Geiger, mit seiner Gruppe Maximum, denen ich von meinem Plan erzählte. Klaus ist mittlerweile 70 Jahre alt und bei vielen Anti-Atom Demos dabei. Das alte Schlachtross war sofort begeistert von der Idee und erklärte sich bereit, während der Aktion vor dem Hauptportal zu spielen.

Gegen 14.00 Uhr stiegen xz, ab und bc auf das Münster. Nach knapp 5 Minuten hingen die 3 Bettlaken, eine minutiös geplante Aktion! Beim Runtergehen sah ich schon 2 Polizisten, die auf den Haupteingang zuliefen.

Wir verteilten uns zwanglos im Münster und verließen es auf getrennten Wegen. Vor dem Haupteingang spielte schon Klaus mit der Band. Leider wurde das Transparent nach gut einer halben Stunde wahrscheinlich vom Küster entfernt. Er wollte es nicht herausgeben, auch nicht als ihm gesagt wurde, dass wir es im nächsten Jahr wieder brauchen würden. Schade.

Nach der Aktion spielte Klaus noch in der Hirschstrasse und abends im Hemperium, wo wir unsere gelungene Aktion zusammen feierten.

Quelle. Gekürzte E-Mail aus Ulm

Regenwald-Schutz

ROBIN WOOD-Protest gegen Unilever geht weiter

ROBIN WOOD-AktivistInnen haben heute ihre Proteste gegen die Verwendung von Palmöl aus Raubbau fortgesetzt. Vor dem „Queen Elizabeth II Conference Centre“ im Herzen des Londoner Regierungsviertels, in dem Unilever heute seine Aktionärsversammlung abhält, spannten sie ein Transparent mit der Aufschrift: „UNILEVER - Unscrupulous Destruction of Rainforest and Community for Palm Oil“ (Skrupellose Zerstörung von Regenwald und lokalen Gemeinschaften für Palmöl). Bereits gestern hatten ROBIN WOOD-Mitglieder mit Kletteraktionen bei der Aktionärsversammlung in Rotterdam sowie vor der Deutschland-Zentrale von Unilever in Hamburg ihre Forderungen öffentlichkeitswirksam platziert.

Der niederländisch-britische Unilever-Konzern ist der größte Palmöl-Einkäufer weltweit. Den Großteil dieses Rohstoffs bezieht er aus Indonesien. Das billige Fett landet als Zutat in Markenartikeln wie Rama, Langnese und Knorr. Rund 9,4 Millionen Hektar der Landesfläche sind in Indonesien bereits in Ölpalmen-Plantagen umgewandelt worden.

Jährlich kommen zurzeit etwa 600.000 Hektar hinzu. Der Palmöl-Boom hat verheerende Folgen, weil die tropische Region für die Artenvielfalt und das weltweite Klima unersetzlich ist. Zudem sind Millionen Menschen durch Landraub für die riesigen Monokulturen in ihrer Existenz bedroht.

„Wir wollen den Palmöl-Boom stoppen. Unilever ist als weltweit größter Einkäufer von Palmöl dafür ein entscheidender Player“, sagt ROBIN WOOD-Tropenwaldreferent Peter Gerhardt. „Deshalb haben wir Unilever-Chef Paul Polman in einem offenen Brief aufgefordert, seine Lieferanten darauf zu verpflichten, ab sofort keine neuen Palmölplantagen mehr anzulegen.“ Fotos über die Aktionen in London, Rotterdam und Hamburg sowie den offenen Brief an Paul Polman finden Sie unter: <http://www.robinwood.de>

Aus einer Robin Wood – Pressemitteilung vom 12.05.2010. Robin Wood gehört zu den BBU-Mitgliedsorganisationen

Umweltgifte

Umweltgifte in der Kinderumwelt

Neue Studien haben ergeben, dass Umweltgifte ein weitaus größerer Faktor in der Entstehung der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) sind als bisher angenommen. Eine Reihe sorgfältig geplanter Studien verweist vor dem Hintergrund nachgewiesener Belastungen von Kindern mit Umweltgiften auf neurotoxische Schädigungen des kindlichen Gehirns insbesondere durch die Schadstoffe Blei und Quecksilber. Auch Aktiv- und Passivrauchen während der Schwangerschaft stellt einen großen Risikofaktor für das ungeborene Leben dar.

Die Annahmen, Chemikalien spielten in der Ätiologie der ADHS nur eine eher nebensächliche Rolle, wie sie auch 2005 noch von der Bundesärztekammer in einer Stellungnahme zur ADHS veröffentlicht wurden, missachten die reale Belastung des Kinderalltags mit einer Vielzahl verschiedener Schadstoffe, wie sie das Umweltbundesamt im Kinder-Umweltsurvey kürzlich nachwies. Eltern und Pädagogen sind daher gefordert, die Rahmenbedingungen der kindlichen Entwicklung so zu planen, dass negative Effekte durch belastete Atemluft in Innenräumen und im Freien, der Nahrung sowie dem Spielzeug ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus sind freilich dringend Verbote der als schädlich erkannten Umweltgifte notwendig.

Nähere Informationen zu diesem Thema Sie unter: <http://www.kindheit-und-umwelt.net/Umweltgifte.htm>

Ulf Sauerbrey, M. A., Jena

Verkehr

Neuer Verkehrs-Newsletter

(U.B.): Am 6. Mai ist die neue Ausgabe des Newsletters des FUSS e.V. & des UMKEHR e.V. erschienen. Beide Organisationen sind BBU-Mitglieder. Der Newsletter hat folgenden Inhalt:

1. Fußgänger und Radfahrer bei Gehwegen einig!
2. Verkehrskongress 18. BUVKO: "Grenzen des Verkehrs...."
3. StVO-Novelle gestoppt
4. Geh-Recht
5. Neue mobilogisch! erschienen

Zum "Verkehrskongress 18. BUVKO" heißt es in dem Newsletter: "Nach Eingang des Förderbescheides des Bundesumweltministeriums (vielen Dank!) können wir stolz ankündigen: An der Universität Trier wird vom Fach Raumentwicklung und Landesplanung der Universität Trier vom 18.-20. März 2011 der 18. BUVKO (Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress) ausgerichtet; von Berlin aus planen und organisieren UMKEHR e.V. und FUSS e.V. Bitte halten Sie sich den Termin frei! Wenn Sie mehr über den kommenden und die vergangenen BUVKOs erfahren wollen, klicken Sie bitte www.buvko.de"

Über das Thema Geh-Recht wird berichtet: "Verkehrsrecht und Planungsgrundlagen sind für viele ein trockenes Thema. Dennoch betreffen die meisten Anfragen an den Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. diesen Themenkomplex. Wir haben uns daher entschlossen, unseren Wissensstand zu dem Themenspektrum auf einer neuen Website, www.Geh-Recht.info, zusammenzufassen."

In der Maiausgabe (2/10) Vierteljahres-Zeitschrift "mobilogisch!" für Ökologie, Politik und Bewegung "erfahren Sie alles über die Vorteile eines generellen Überholverbotes für Kfz, angebliche und gute Gründe für das Stuttgarter Bahnhofsprojekt S21, und was eigentlich "Fernlärm" bedeutet. Außerdem berichten wir über einen Flughafen, dessen Schließung von der Wirtschaft gefordert wird und wie die USA Deutschland bei den Autoabgasen überholt. Mehr auf www.mobilogisch.de".

Kontakt und Infos: <http://www.fuss-ev.de>, <http://www.umkehr.de>

Kein Flughafen Twente

Im Dezember hatten die „Flughafengegner“ einen Meilenstein erreicht. Das niederländische Provinzparlament in Zwolle lehnte die Strukturvision B, die eine Wiedereröffnung des Militärflughafens bei Enschede (Region Twente) als einen Zivilflughafen vorsah, ab. Die Flughafenbefürworter sind aber in der Zwischenzeit nicht tatenlos gewesen und haben im April eine „neue“ Vision der Gebietsentwicklung für das ehemalige Flughafen-gelände vorgelegt. Die Wiedereröffnung des Flughafens bleibt das erklärte Ziel. Die nun vorgelegte Vision ist „Alter Wein in neuen Schläuchen“ und muss weiterhin unsere strikte Ablehnung finden.

Wir, die BI gegen den Flughafen Twente, unterstützen daher die Initiative der niederländischen Bürgerinitiative VOLT, eine vergleichende Untersuchung der „alten Strukturvision B“ und der „neuen Vision“ mit dem Schwerpunkt auf der Anzahl der Passagiere und dem dafür möglichen Marktpotential, in den Niederlanden in Auftrag zu geben. Vor der Vorbesprechung im Provinzparlament am 26. Mai sowie vor der Abstimmung im Provinzparlament in Zwolle am 16. Juni 2010 sollen die Ergebnisse der Untersuchung daher den verantwortlichen Politikern präsentiert werden. Dafür brauchen wir Geld! Mehr als die Hälfte der nötigen 12.000 € sind bereits gesammelt worden. Bitte unterstützen Sie uns – jeder Betrag ist willkommen!

Bankverbindung: BI gegen Flughafen Twente, Kontonummer: 151045150, BLZ: 26750001 (Kreissparkasse Grafschaft Bentheim). Kontakt und Infos: <http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>

Dr. Carin Stader-Deters, BI gegen Flughafen Twente, Tel: 05924-5453

(Quelle: Spendenaufruf der BI gegen Flughafen Twente)

3. Terminhinweise



Der Film PLASTIC PLANET läuft in folgenden Orten in den Kinos:

www.plastic-planet.de/kinofinder.html. Der BBU ist einer der Film-Kooperationspartner.

03. & 04. Juni: Klimaforum in Bonn (BUND, attac u. a.), Infos: <http://www.bund.net/klimaforum>

04. – 06. Juni: 30 Jahre Freie Republik Wendland, Infos: s. o., Rubrik Energie

Bis zum 28.06.2010: Einwendungsfrist gegen das geplante Kohlekraftwerk der Trianel in Krefeld. Infos und Sammeleinspruch unter

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/krefeld/genehmigungsv erfahren/



Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Terminübersichten für Aktionen zum Sofortausstieg gibt es z. B. hier:

<http://www.anti-atom-aktuell.de>

<http://www.castor.de/8termine.html>

<http://www.contratom.de/2.0/index.php?mod=kalender&baum2=3&baum3=3>

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier:

<http://www.friedenskooperative.de/index.html>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 5 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.06.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreffzeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.